Deutscher Bundestag **Drucksache 15/1946**
15. Wahlperiode 07. 11. 2003

Fragen

für die Fragestunde der 74. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 12. November 2003

Verzeichnis der Fragenden

Abgeordnete	*Nummer der Frage*
Connemann, Gitta (CDU/CSU)	24
Dörflinger, Thomas (CDU/CSU)	45, 46
Fahrenschon, Georg (CDU/CSU)	12, 13
Gewalt, Roland (CDU/CSU)	26, 40
Göbel, Ralf (CDU/CSU)	25, 39
Heiderich, Helmut (CDU/CSU)	34, 35
Hinsken, Ernst (CDU/CSU)	27
Hofbauer, Klaus (CDU/CSU)	14, 15
Dr. Jahr, Peter (CDU/CSU)	28, 29
Klöckner, Julia (CDU/CSU)	36, 37
Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	3, 22
Lensing, Werner (CDU/CSU)	10, 11
Dr. Lötzsch, Gesine (fraktionslos)	7, 8
Mayer, Conny (Baiersbronn) (CDU/CSU)	43, 44
Nitzsche, Henry (CDU/CSU)	47
Nolting, Günther Friedrich (FDP)	6
Otto, Hans-Joachim (Frankfurt) (FDP)	16, 17
Pau, Petra (fraktionslos)	23, 38
Pfeiffer, Sibylle (CDU/CSU)	1, 2
Pieper, Cornelia (FDP)	32, 33
Rupprecht, Albert (Weiden) (CDU/CSU)	20, 21
Schirmbeck, Georg (CDU/CSU)	4, 5
Dr. Schröder, Ole (CDU/CSU)	30, 31
Schummer, Uwe (CDU/CSU)	9
Singhammer, Johannes (CDU/CSU)	18, 19
Spahn, Jens (CDU/CSU)	41, 42

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

1. Abgeordnete **Sibylle Pfeiffer** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung das Projekt der Baku-Tbilisi-Ceyhan-Ölpipeline unter dem Gesichtspunkt der Umweltverträglichkeit und der Wahrung der Menschenrechte?

2. Abgeordnete **Sibylle Pfeiffer** (CDU/CSU)

Wie hat die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Heidemarie Wieczorek-Zeul, bei der Entscheidung der International Finance Corporation (IFC) über die Kreditvergabe abgestimmt, und wie begründet sie ihr Abstimmungsverhalten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

3. Abgeordneter **Hartmut Koschyk** (CDU/CSU)

Warum ist das für Verfassungs- und Staatsrecht innerhalb der Bundesregierung federführend zuständige Bundesministerium des Innern nicht in der Kommission von Bundestag und Bundesrat zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung vertreten, und was waren die Gründe der Bundesregierung, stattdessen das Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft zu benennen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

4. Abgeordneter **Georg Schirmbeck** (CDU/CSU)

Auf welche Höhe belaufen sich die Einnahmen durch die Ökosteuer seit deren Einführung 1999 (bitte nach Jahren aufschlüsseln), und wie wurden diese verwendet?

5. Abgeordneter **Georg Schirmbeck** (CDU/CSU)

Wie hoch sind die zusätzlichen Zuschüsse des Bundes zur gesetzlichen Rentenversicherung in diesen Jahren, die aus der Ökosteuer gespeist werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

6. Abgeordneter
Günther Friedrich Nolting
(FDP)

Ist für die Serienproduktion des Schützenpanzers PUMA weiterhin nur der Schutz gegen ungelenkte Munition bis 30 mm und Minen (Schutzstufe 1) vorgesehen, und wenn ja, warum?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung

7. Abgeordnete
Dr. Gesine Lötzsch
(fraktionslos)

Trifft es zu, dass mit der Erhöhung des Herstellerabschlags von 6 % auf 16 % für verschreibungspflichtige Nichtfestbetragsarzneimittel nicht nur hochpreisige, patentgeschützte Produkte erfasst werden, sondern auch eine Vielzahl preiswerter Produkte, für die bisher keine Festbeträge gebildet werden konnten, und wenn ja, teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass für die mittelständischen Betriebe, die diese preiswerten Produkte herstellen, die hohen Rabatte zur Existenzbedrohung werden?

8. Abgeordnete
Dr. Gesine Lötzsch
(fraktionslos)

Trifft es zu, dass insbesondere ostdeutsche Unternehmen von diesen Regelungen betroffen sind, und wenn ja, was wird die Bundesregierung unternehmen, um diese Folgen für diese mittelständischen Betriebe zu beseitigen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

9. Abgeordneter
Uwe Schummer
(CDU/CSU)

Wann gedenkt die Bundesregierung einen Gesetzentwurf zur Novellierung des Berufsbildungsgesetzes vorzulegen, und ab wann wirken sich diese Änderungen auf die Ausbildungsjahrgänge aus?

10. Abgeordneter
Werner Lensing
(CDU/CSU)

Entspricht es den Tatsachen, dass die Bundesregierung noch vor dem Vormittag des 5. November 2003 konkrete Vorbereitungen betrieben hat, welche die Erhebung einer Ausbildungsplatzabgabe für Be-

triebe, die ihrer Auffassung nach grundsätzlich zu wenig Lehrlinge ausbilden, zum Ziel hatte (vgl. AP-Meldung vom 6. November 2003)?

11. Abgeordneter
Werner Lensing
(CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung die Tatsache bekannt, dass die Wirtschaftsverbände alle noch unversorgten Jugendlichen schriftlich zu Nachvermittlungsgesprächen eingeladen haben, und im Durchschnitt 45 % der Eingeladenen erst gar nicht zu den Gesprächen erschienen sind, und wenn ja, welche Schlüsse zieht sie daraus?

12. Abgeordneter
Georg Fahrenschon
(CDU/CSU)

Welche nationalen und europäischen Projekte bzw. Programme sind von der Bundesregierung in Auftrag gegeben worden oder werden unterstützt, die sich mit dem Problem „Weltraumschrott“ beschäftigen?

13. Abgeordneter
Georg Fahrenschon
(CDU/CSU)

Bietet nach Einschätzung der Bundesregierung der Einsatz von Robotersystemen eventuell eine Lösungsmöglichkeit, um schadhafte oder ausgediente Satelliten abzuschalten oder aus der Erdumlaufbahn zu entfernen?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

14. Abgeordneter
Klaus Hofbauer
(CDU/CSU)

Was unternimmt die Bundesregierung bzw. welche Akzente werden gesetzt, um den Bürgerinnen und Bürgern den Europäischen Verfassungsvertragsentwurf näher zu bringen?

15. Abgeordneter
Klaus Hofbauer
(CDU/CSU)

Welche Informationskampagnen startet die Bundesregierung, um auf die vielen Fragen der Bürgerinnen und Bürger im Rahmen der EU-Osterweiterung, insbesondere in den Grenzregionen, eine Antwort zu geben?

16. Abgeordneter
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
(FDP)

Wann wird die Bundesregierung der Unterzeichnung des bereits paraphierten „Vertrages über die aus der Hauptstadtfunktion Berlins abgeleitete Kulturfinanzierung“ zustimmen?

17. Abgeordneter
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
(FDP)

Ist aus der Formulierung in § 7 dieses Vertrages, wonach ein gemeinsamer Ausschuss von Bund und Land einen Hauptstadtkulturfonds „einrichten“ kann, zu schließen, dass der bestehende Hauptstadtkulturfonds mit sofortiger Wirkung aufgelöst wird, und wenn ja, welche Auswirkungen auf den Bundeshaushalt entfaltet dies?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

18. Abgeordneter
Johannes Singhammer
(CDU/CSU)

Was sind die näheren Hintergründe, die die Bundesregierung veranlassen, mir selbst auf konkrete Nachfrage hin keine nach den einzelnen Politikbereichen zusammengestellte Auflistung der Veränderungen der Entscheidungszuständigkeiten des Deutschen Bundestages bei Inkrafttreten eines Europäischen Verfassungsvertrages auf der Grundlage des derzeit vorliegenden EU-Verfassungsentwurfes zu geben (Antwort der Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Kerstin Müller, vom 9. Oktober 2003 auf meine schriftlichen Fragen 14 und 15 auf Bundestagsdrucksache 15/1677), oder führt die Bundesregierung diese Verhandlungen ohne eine solche konkrete und detaillierte Übersichtszusammenstellung?

19. Abgeordneter
Johannes Singhammer
(CDU/CSU)

Warum erschwert die Bundesregierung mit dieser Informationspolitik eine breite öffentliche Diskussion im Deutschen Bundestag über das Ausmaß der Verlagerung von Entscheidungskompetenzen aus dem nationalen Parlament hin zur EU, bzw. ist die Bundesregierung der Auffassung, dass der Deutsche Bundestag erst unmittelbar vor einer Ratifizierung detailliert informiert werden müsse?

20. Abgeordneter
Albert Rupprecht (Weiden)
(CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, wenn die im jüngsten Monitoring-Bericht der EU-Kommission zu den EU-Beitrittsländern aufgestellten Forderungen („serious concern“) der EU-Kommission bis zum Zeitpunkt des Beitritts nicht erfüllt wurden?

21. Abgeordneter **Albert Rupprecht (Weiden)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Beurteilung der EU-Kommission zu Polen und Tschechien voll und ganz?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

22. Abgeordneter **Hartmut Koschyk** (CDU/CSU)

Ist es Verhandlungsposition und Verhandlungsziel der Bundesregierung bezüglich der EU-Asyl-Verfahrensrichtlinie, dass möglichst alle EU-Staaten, mindestens aber die Staaten mit EU-Außengrenzen eine dem deutschen Drittstaatenkonzept entsprechende Regelung mit Grenzabweisungsmöglichkeit und Verzicht auf die Einzelfallprüfung zwingend vorsehen müssen, und teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass die beabsichtigte „stand-still“-Klausel hinsichtlich Drittstaaten- und Flughafenregelung Deutschland zwar deren Beibehaltung erlauben würde, aber Zuzugsbegrenzung wirksam nur gewährleistet werden wird, wenn alle EU-Außengrenzstaaten eine Regelung mit Grenzabweisungsmöglichkeit und Verzicht auf die Einzelfallprüfung zwingend vorsehen müssen?

23. Abgeordnete **Petra Pau** (fraktionslos)

Welche Kenntnis hat die Bundesregierung über Bewaffnung, konspirative Organisationsstrukturen und Ausforschung von politischen Gegnern durch die Organisation „Combat 18 Pinneberg“ und über ihre Verbindungen zu anderen bundesdeutschen rechtsextremen Organisationen?

24. Abgeordnete **Gitta Connemann** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, den Rehabilitationssport entsprechend der Rahmenvereinbarung über den Rehabilitationssport und das Funktionstraining, die nach Beratungen auf der Ebene der Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation (BAR) zum 1. Oktober 2003 beschlossen wurde, als beihilfefähige Maßnahme in die Beihilfevorschriften aufzunehmen, und wenn nein, warum nicht?

25. Abgeordneter **Ralf Göbel** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung verfassungsschutzrelevante Erkenntnisse, wonach die Organisation „Muslimische Jugend in Deutschland“ mit der im Verfassungsschutzbericht des Bundes 2002 genannten

„Muslimbruderschaft“ zusammenarbeitet (vgl. DER TAGESSPIEGEL vom 6. November 2003), und welche verfassungsschutzrelevanten Erkenntnisse liegen der Bundesregierung darüber hinaus über die Organisation „Muslimische Jugend in Deutschland“ vor?*)

26. Abgeordneter **Roland Gewalt** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung verfassungsschutzrelevante Erkenntnisse, die die Auffassung der Berliner Schulverwaltung bestätigen, dass es sich bei der „Muslimischen Jugend in Deutschland“ um eine „fundamentalistische Organisation handelt, die massiv in die Schulen drängt“ (DER TAGESSPIEGEL vom 6. November 2003), und teilt die Bundesregierung diese Auffassung?**)

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit

27. Abgeordneter **Ernst Hinsken** (CDU/CSU)

Wie viele Personen, die vorher arbeitslos waren, werden durch die Annahme von so genannten Mini-Jobs, die zwischen 401 bis 800 Euro sozialversicherungspflichtig sind, nicht mehr in der Arbeitslosenstatistik geführt?

28. Abgeordneter **Dr. Peter Jahr** (CDU/CSU)

Existiert in den Arbeitsämtern eine Arbeitsanweisung, ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu veranlassen, sich vor Erreichen des gesetzlichen Renteneintrittsalters freiwillig als „nicht mehr arbeitssuchend“ zu melden?

29. Abgeordneter **Dr. Peter Jahr** (CDU/CSU)

Wie viele Arbeitssuchende haben sich in diesem Jahr pro Bundesland vor Erreichen des Renteneintrittsalters auf der Grundlage des § 428 Drittes Buch Sozialgesetzbuch als „nicht arbeitssuchend“ gemeldet, und wie wirkt sich diese Meldung auf das Renteneintrittsalter aus?

---

*) Siehe hierzu auch Frage 39.
**) Siehe hierzu auch Frage 40.

30. Abgeordneter **Dr. Ole Schröder** (CDU/CSU)

Wie wird ein nach der EU-Osterweiterung 30-jähriger, verheirateter Vater von 2 Kindern, dessen Familie weiterhin im EU-Ausland lebt, an den in Deutschland bestehenden sozialen Sicherungssystemen (Arbeitslosengeld, Arbeitslosengeld II, Kinder- und Erziehungsgeld, Versicherungsschutz, Rentenansprüche etc.) partizipieren, unterstellt, er hat bereits 2 Jahre in Deutschland mit einer entsprechenden Aufenthaltsgenehmigung gelebt und unselbständig gearbeitet (Bruttolohn z. B. 1 500 Euro, sonst vermögenslos), ist dann aber unverschuldet und unfreiwillig arbeitslos geworden und findet keine neue Anstellung, steht aber für Vermittlungsbemühungen uneingeschränkt zur Verfügung?

31. Abgeordneter **Dr. Ole Schröder** (CDU/CSU)

Wie hoch wird nach aktuellen Schätzungen die Arbeitsmigration aus den nach der EU-Osterweiterung neuen EU-Mitgliedstaaten erwartet?

32. Abgeordnete **Cornelia Pieper** (FDP)

Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um die Investitionen der Chip-Fabrik in Frankfurt/Oder zu sichern?

33. Abgeordnete **Cornelia Pieper** (FDP)

Beabsichtigt die Bundesregierung die Bürgschaft von 680 Mio. Euro dem saudi-arabischen Investor zur Verfügung zu stellen bzw. sich an bevorstehenden Initiativen der Landesregierung Brandenburgs zu beteiligen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft

34. Abgeordneter **Helmut Heiderich** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung, dass im Rahmen der europäischen Biotechnologiestrategie internationale Netzwerke und Kooperationen für die Grüne Gentechnik gefordert wie gefördert werden, wogegen in Deutschland von der für die Gentechnik zuständigen Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, Renate Künast, solche Forschungsprojekte in Quedlinburg und Pillnitz in der anwendungsbezogenen Phase untersagt werden?

35. Abgeordneter
Helmut Heiderich
(CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung einen Widerspruch zwischen dieser Entscheidung der Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, Renate Künast, und der Tatsache, dass gentechnische Forschungsarbeiten auch an Pflanzen vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) finanziell und konzeptionell gefördert werden und die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Edelgard Bulmahn, das Ziel ausgegeben hat, die Biotechnologie als Schlüsseltechnologie in Forschung und Anwendung zu stärken (zuletzt am 20. Oktober 2003 in Leipzig bei der Eröffnung der 5. Biotechnologietage des BMBF)?

36. Abgeordnete
Julia Klöckner
(CDU/CSU)

Warum wurden die gentechnischen Freisetzungsversuche der Bundesanstalt für Züchtungsforschung (BafZ) in Quedlinburg und Pillnitz bislang gefördert?

37. Abgeordnete
Julia Klöckner
(CDU/CSU)

Welche neuen Erkenntnisse haben die Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, Renate Künast, zu der Einschätzung bewogen, „ein Erfolg der Versuche sei nicht absehbar“, wie in der Pressemitteilung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 24. Oktober 2003 zitiert?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

38. Abgeordnete
Petra Pau
(fraktionslos)

Welchen genauen Zeitplan hat die Bundesregierung, um die EU-Richtlinien gegen Diskriminierung in deutsches Recht umzusetzen?

39. Abgeordneter
Ralf Göbel
(CDU/CSU)

Wusste die Bundesregierung bei ihrer Förderzusage für das Projekt „TA’RUF“, um welche Organisation es sich bei der „Muslimischen Jugend in Deutschland“ handelt, und wie begründet sie – nach der im „TAGESSPIEGEL“ vom 6. November 2003 zitierten Aussage der Berliner Schulverwaltung, sie habe den Eindruck gewonnen, dass es sich um eine „fundamentalistische Organisation handelt, die mas-

siv in die Schulen drängt" – die gegebene Förderzusage und die Weitergewährung der Fördermittel für das Projekt?*)

40. Abgeordneter **Roland Gewalt** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen (DER TAGESSPIEGEL vom 6. November 2003) zu, dass der Verein „Muslimische Jugend in Deutschland" seit zwei Jahren Bundesmittel in Höhe von 76 000 Euro erhalten hat, um in Berliner Schulen für seine Ziele zu werben?**)

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

41. Abgeordneter **Jens Spahn** (CDU/CSU)

Sind in einem der Verträge (einschließlich sämtlicher Anlagen) zwischen der Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, und der Betreibergesellschaft „Toll Collect" Passagen enthalten, die auf Einführung einer Maut für Personenkraftwagen (PKW) auf deutschen Autobahnen Bezug nehmen?

42. Abgeordneter **Jens Spahn** (CDU/CSU)

Hat bei der Auswahl der Vertragspartner und der Vertragsschließung die Tatsache eine Rolle gespielt, dass die Bundesrepublik Deutschland Aktionär der Deutschen Telekom AG ist, und wenn ja, welche?

43. Abgeordnete **Conny Mayer (Baiersbronn)** (CDU/CSU)

Wie wird der Vorschlag der Bundesregierung zur Zusammensetzung und zu den Kompetenzen des vom Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Ralf Nagel, am 8. September 2003 in seinem Brief an das Regierungspräsidium Freiburg bestätigten Trilateralen Lenkungsausschusses aussehen, und welche Einflussmöglichkeiten sind seitens der Bundesregierung für die nationalen Arbeitsgruppen vorgesehen?

---

*) Siehe hierzu auch Frage 25.
**) Siehe hierzu auch Frage 26.

44. Abgeordnete
Conny Mayer (Baiersbronn)
(CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die in Freiburg am 7. Juli 2003 von der Regionalen Konferenz zum Schienengüterverkehr im Dreiländereck verabschiedete Resolution zum Ausbau der Rheintalbahn und zum Bypass Hochrhein und Oberrhein in Hinblick auf die „offene und faire Beteiligung der kommunalen und regionalen Vertreter an dem Planungsprozess verbunden mit direkten Einwirkungsmöglichkeiten“?

45. Abgeordneter
Thomas Dörflinger
(CDU/CSU)

Liegt der von der Schweiz auszuarbeitende erste Vorschlag zur Gestaltung der Trilateralen Kommission (Brief des Staatssekretärs im Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Ralf Nagel, vom 8. September 2003 an den Regierungspräsidenten des Regierungspräsidiums Freiburg) bereits vor, und wenn ja, inwieweit wurde die Einbeziehung der Kommunen im Organisationsaufbau berücksichtigt?

46. Abgeordneter
Thomas Dörflinger
(CDU/CSU)

Welchen Zeitplan gibt es für die Einbeziehung der Kommunen in die vorgesehenen Beratungen des Trilateralen Lenkungsausschusses?

47. Abgeordneter
Henry Nitzsche
(CDU/CSU)

Trifft es zu, dass das Wohnraumprogramm 2003 der Kreditanstalt für Wiederaufbau für die Umschuldung von Wohnungsbaukrediten, die auf Rückbauobjekte abgesichert sind, geöffnet werden kann?

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83-91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 340, Telefax (02 21) 97 66 344
ISSN 0722-8333